

No. 36344

**Germany
and
Denmark**

Agreement between the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Research and Information Technology of the Kingdom of Denmark concerning the European Centre for Minority Issues (ECMI) (with annexes). Flensburg, 29 January 1998

Entry into force: 15 July 1998 by notification, in accordance with article 11

Authentic texts: German and Danish

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 7 December 1999

**Allemagne
et
Danemark**

Accord entre le Ministère fédéral de l'intérieur de la République fédérale d'Allemagne et le Ministère de la recherche et de l'information technologique du Royaume du Danemark concernant le Centre européen pour des problèmes des minorités (ECMI) (avec annexes). Flensburg, 29 janvier 1998

Entrée en vigueur : 15 juillet 1998 par notification, conformément à l'article 11

Textes authentiques : allemand et danois

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 7 décembre 1999

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

dem Bundesministerium des Innern

der Bundesrepublik Deutschland

und

dem Forschungsministerium

des Königreichs Dänemark

über

das European Centre for Minority Issues (ECMI)

Das Bundesministerium des Innern
der Bundesrepublik Deutschland
und
das Forschungsministerium
des Königreichs Dänemark -

in der Erwägung, daß das friedliche Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten in den Staaten Europas eine Grundbedingung für den Frieden auf diesem Kontinent ist,

in dem Wunsch, mit der gemeinsamen Errichtung des European Centre for Minority Issues (ECMI) eine europaweit tätige Einrichtung zu schaffen, die durch Forschung, Information und Beratung zur Entschärfung ethnischer Konflikte beitragen und das friedliche Zusammenleben von Mehrheiten und Minderheiten fördern soll,

eingedenk der von deutscher und dänischer Seite in den Jahren 1996 und 1997 erbrachten finanziellen Leistungen zum Aufbau des ECMI,

eingedenk der vom gemeinsamen Begleitausschuß für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzraum am 9. Dezember 1996 und 30. Mai 1997 beschlossenen Anschubfinanzierung des ECMI mit Mitteln aus der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG II A/Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - EFRE,

in dem Wunsch, entsprechend der Gemeinsamen Erklärung vom 27. März 1996 die Zusammenarbeit bei der Errichtung und Finanzierung des ECMI zu regeln -

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Das European Centre for Minority Issues (ECMI) wird als Stiftung des Bürgerlichen Rechts mit Sitz in Flensburg nach Landesrecht des Landes Schleswig-Holstein errichtet. Die Aufgaben der Stiftung bestimmen sich nach der vereinbarten Satzung.

Artikel 2

Die dänische Seite bringt für das Stiftungsvermögen von 21.000,-- DM (in Worten: einundzwanzigtausend Deutsche Mark) als ihren Anteil 7.000,-- DM (in Worten: siebentausend Deutsche Mark) auf. Die deutsche Seite bringt als ihren Anteil 14.000,-- DM (in Worten: vierzehntausend Deutsche Mark) auf, wobei diese Leistung je zur Hälfte vom Bund und dem Land Schleswig-Holstein erbracht wird.

Artikel 3

(1) Eine dauerhafte Finanzierung des ECMI wird durch die deutsche und die dänische Seite gemeinsam gesichert. Die Finanzierungsanteile am gemeinsamen Förderungsbetrag bestimmen sich nach folgendem Schlüssel:

dänische Seite:

Forschungsministerium	50 Prozent
-----------------------	------------

deutsche Seite 50 Prozent, die intern wie folgt verteilt werden:

- Bundesministerium des Innern	27 Prozent
--------------------------------	------------

- Landesregierung Schleswig-Holstein	23 Prozent
--------------------------------------	------------

(2) Ab dem Haushaltsjahr 1998 werden die Vertragsparteien als finanzielle Grundausstattung einen gemeinsamen Förderungsbetrag zur Verfügung stellen, der mindestens den zur Erfüllung des Stiftungszweckes unabweisbar notwendigen Bedarf der Stiftung deckt, maximal jedoch 1.200.000,-- DM (in Worten: eine Million zweihunderttausend Deutsche Mark) pro Jahr beträgt.

(3) Die dänische Seite leistet ihren jährlichen Beitrag an das ECMI ab 1998 in Form eines Festbetrages von maximal 600.000,-- DM (in Worten: sechshunderttausend Deutsche Mark). Die Kontoauszahlung erfolgt in zwei gleichen Beträgen jeweils zum 1. Januar und zum 1. Juli. Die Höhe des Betrages wird endgültig festgelegt, wenn die Höhe des Beitrags der deutschen Seite feststeht.

(4) Die deutsche Seite zahlt ab 1998 ihre Beiträge an das ECMI gemäß den deutschen haushaltsrechtlichen Vorschriften und den Vereinbarungen (Verfahrensregeln zur Förderung des ECMI), die in Bezug auf die Zuweisung von Bewilligungen an das ECMI getroffen worden sind.

(5) Die jährlichen Leistungen stehen unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Bewilligung.

(6) Der Vorstand des ECMI wird durch in der Anlage beigefügte Verfahrensregeln zur Förderung verpflichtet, den beiden Vertragsparteien rechtzeitig vor der Erstellung der Haushaltspläne der beiden Vertragsparteien einen Wirtschaftsplan vorzulegen. Die Vertragsparteien legen die Höhe des gemeinsamen Jahreszuschusses unter Würdigung der erforderlichen Ausgaben des ECMI und der erwarteten Einnahmen einvernehmlich fest. Hinsichtlich der Antragstellung, Bewilligung, Verwendung von Mitteln und hinsichtlich des Nachweises über die Verwendung der Mittel durch das ECMI wird auch auf diese Verfahrensregeln und die dänischen Rechnungsprüfungsvorschriften verwiesen, die beide Bestandteil dieses Abkommens sind.

Artikel 4

Der Vorstand des ECMI wird durch die Verfahrensregeln zur Förderung angehalten, für den Betrieb des ECMI ab 1. Januar 1998 direkte Haushaltsmittel der Europäischen Union mit dem Ziel zu beantragen, langfristig 50 Prozent der laufenden Haushaltsmittel des ECMI durch Zuschüsse der Europäischen Union zu decken. Die Vertragsparteien erklären ihre Bereitschaft, die Anträge des ECMI-Vorstands bei der Europäischen Union zu unterstützen. Der Vorstand des ECMI wird darüber hinaus angehalten, Fördermittel zur ergänzenden Finanzierung des ECMI von anderer Seite einzuwerben.

Artikel 5

Die vereinbarte Satzung des ECMI erfüllt nach deutschem Recht die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit im Sinne der Abgabenordnung (Abschnitt: Steuerbegünstigte Zwecke). Die Gemeinnützigkeit kann von der Stiftung bei den Finanzbehörden beantragt werden. Die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit bedeutet nach geltendem Recht für das ECMI grundsätzlich die Freistellung von Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögenssteuer und Grundsteuer. Es verbleibt für das ECMI die Pflicht zur Zahlung der Mehrwertsteuer.

Artikel 6

Die dänische Seite behält sich ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 9 das Recht auf Neuverhandlung der Höhe ihres Beitrages an die Stiftung vor, falls die besteuermäßigen Voraussetzungen des Artikels 5 nicht erfüllt werden oder auf eine solche Weise geändert werden, daß dem ECMI eine erhöhte Besteuerung entsteht. Entsprechendes gilt für gesetzliche

und verwaltungsmäßige Maßnahmen, die die Voraussetzungen für dieses Abkommen wesentlich verändern.

Artikel 7

Bei Prüfung von Verwaltungsmaßnahmen bezüglich des ECMI aufgrund des Stiftungsrechts des Landes Schleswig-Holstein soll die deutsche Seite die dänische Seite konsultieren.

Artikel 8

Die satzungsgerechte Tätigkeit und Effizienz des ECMI wird durch eine unabhängige wissenschaftliche Kommission evaluiert. Die Evaluierung soll alle vier Jahre stattfinden, jedoch erstmals im Jahr 2002. Die Kommission wird von den Vertragsparteien einvernehmlich berufen.

Artikel 9

(1) Dieses Abkommen gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert es sich stillschweigend um jeweils weitere fünf Jahre. Jede Vertragspartei kann unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer das Abkommen schriftlich auf diplomatischem Wege kündigen. Maßgebend für die Berechnung der Frist ist der Tag des Eingangs der Kündigung bei der anderen Vertragspartei.

(2) Alle am Ende der Geltungsdauer nicht abgeschlossenen ECMI-Aktivitäten werden bis zu ihrem Abschluß gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens weitergeführt. Die Verpflichtungen aus diesem Abkommen erstrecken sich auch nach dessen Beendigung auf die Erfüllung unvermeidlicher Folgekosten.

(3) Änderungen des Abkommens sind im Einvernehmen zwischen den beiden Vertragsparteien jederzeit möglich, soweit diese Änderungen nicht die dauerhafte Erfüllung des Stiftungszwecks beeinträchtigen.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens sind möglichst im Verhandlungswege zu lösen.

(2) Falls im Verhandlungswege keine Einigung erzielt werden kann, sind die Meinungsverschiedenheiten durch ein Schiedsgericht bestehend aus einem oder mehreren Schiedsrichtern zu lösen, den/die die Vertragsparteien einvernehmlich ernennen. Falls die Vertragsparteien binnen drei Monaten keine Einigung über die Wahl von Schiedsrichtern erzielen können,

kann jede der Vertragsparteien den Präsidenten des Internationalen Schiedsgerichts um die Ernennung eines Schiedsrichters zur Entscheidung des Konflikts ersuchen.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Forschungsministerium des Königreichs Dänemark dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland mitteilt, daß die innerstaatlichen parlamentarischen Bedingungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Flensburg am 29. Januar 1998 in zwei Urschriften, jede in deutscher und dänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium des Innern

der Bundesrepublik Deutschland

gez. Manfred Carstens

Für das Forschungsministerium

des Königreichs Dänemark

gez. Jytte Hilden

Anlage

zum Ressortabkommen zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Forschungsministerium des Königreichs Dänemark

**Verfahrensregeln
zur Förderung des European Centre for Minority Issues (ECMI)**

1. Die von dänischer und deutscher Seite bereitgestellten Fördermittel für das European Centre for Minority Issues (ECMI) werden diesem als Festbetrag nach dem jeweils geltenden staatlichen Recht zugewiesen. Es besteht zwischen den Zuwendungsgebern Übereinstimmung, daß im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten dem ECMI für die satzungsgerechte Verwendung der Fördermittel ein hohes Maß an Flexibilität zugestanden wird.
2. Vor Bewilligung stimmen sich die deutsche und die dänische Seite über die Art, Höhe und Bedingungen der Bewilligung ab. Zuwendungsgeber auf deutscher Seite ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, das auch für das Bundesministerium des Innern die Fördermittel bewilligt.
3. Voraussetzung für die Zurverfügungstellung von Fördermitteln ist, daß der Vorstand des ECMI den Zuwendungsgebern rechtzeitig vor Erstellung ihrer Haushaltspläne (i.d.R. Ende Februar des Vorjahres) einen Wirtschaftsplan entsprechend dem jeweils geltenden staatlichen Recht vorlegt, um den Zuwendungsgebern die Prüfung des Jahresbedarfs und Festlegung der Höhe des gemeinsamen Jahreszuschusses zu ermöglichen.
4. Der Vorstand des ECMI ist gehalten, für den Betrieb des ECMI ab 1998 direkte Haushaltsmittel der Europäischen Union mit dem Ziel zu beantragen, langfristig 50 Prozent der laufenden Haushaltsmittel des ECMI (institutionelle Mittel und Projektförderung) durch Zuschüsse der Europäischen Union zu decken. Entsprechende Anträge des ECMI werden die Zuschußgeber unterstützen. Der Vorstand des ECMI ist weiter gehalten, Fördermittel zur ergänzenden Finanzierung des ECMI (institutionelle Zuwendungen und Projektmittel) von anderer Seite (staatlichen Institutionen, internationalen Organisationen, privaten Einrichtungen) einzuwerben.
5. Nicht vom ECMI in einem Haushaltsjahr verbrauchte Mittel der institutionellen Förderung werden den Rücklagen zugeführt und sind in den nächsten Haushaltsjahren (mittelfristig) aufzulösen. Dabei müssen die Rücklagen für eine Verwendung zu besonderen Zwecken ausgewiesen sein. Bei der Bildung von Rücklagen sind die Vorschriften des Haushalts-, des Stiftungs- und des Steuerrechts zu beachten.
6. Die Zuwendungsgeber stimmen zu, daß das ECMI für die Abrechnung der Reisekosten unter Prüfung des dänischen und des deutschen Reisekostenrechts ein eigenes Abrech-

nungsverfahren entwickelt, das den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit entspricht. Die Zuwendungsgeber werden sich mit dieser Frage erneut befassen, wenn die während zwei Jahren gesammelten Erfahrungen vorliegen.

7. (a) Unbeschadet des Rechts der staatlichen Rechnungshöfe, die Verwendung der Zuschüsse an das ECMI zu prüfen, wird die Prüfung der Verwendung der Fördermittel als Wirtschaftsprüfung von einem staatlich anerkannten oder eingetragenen dänischen Wirtschaftsprüfer bzw. einem deutschen Wirtschaftsprüfer mit den gleichen Voraussetzungen oder einer zentralen bzw. kommunalen Wirtschaftsprüfergemeinschaft vorgenommen. Der Auftrag zur Prüfung ist durch den Vorstand des ECMI zu erteilen.
 - (b) Die Prüfung umfaßt die Kontrolle des Jahresabschlusses einschließlich der in der Bewilligung des deutschen Zuwendungsgebers enthaltenen Auflagen sowie die Prüfung der Wirtschaftlichkeit, der Effizienz und der Wirksamkeit des ECMI gemäß den Wirtschaftsprüfungsnormen, wie dieser Begriff in den Gesetzen über die Prüfung der Konten des Finanzministeriums des Königreichs Dänemark definiert ist.
 - (c) Der Vorstand des ECMI ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der Wirtschaftsprüfer Zugang zu den für die Prüfung relevanten Informationen hat. Der Wirtschaftsprüfer ist verpflichtet, den Vorstand des ECMI und die Zuwendungsgeber unverzüglich über etwaige Gesetzesverletzungen oder andere Unregelmäßigkeiten materieller Art bei der Verwendung der Fördermittel zu informieren.
 - (d) Das Ergebnis der Prüfung wird von dänischer und deutscher Seite (Forschungsministerium des Königreichs Dänemark und Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein) im Einvernehmen festgestellt.
8. Die Zuwendungsgeber machen diese Verfahrensregeln zum Bestandteil ihrer Auflagen für die Verwendung der Fördermittel an das ECMI.

Anlage
zum Ressortabkommen zwischen dem Bundesministerium des Innern der Bundesrepublik Deutschland und dem Forschungsministerium des Königreichs Dänemark

Richtlinien für den Jahresabschluß und die Wirtschaftsprüfung des European Centre for Minority Issues (ECMI)

Diese Richtlinien gelten für den Jahresabschluß und die Wirtschaftsprüfung für den gesamten Bereich des European Centre for Minority Issues (ECMI). Die Richtlinien sind erstellt mit rechtlicher Verankerung in den Bemerkungen zum § 19.35.17.50 des dänischen Staatshaushaltsgesetzes - European Centre for Minority Issues.

§ 1. Das Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

Abs. 2 Zuschüsse vom Forschungsministerium sind im Jahresabschluß gesondert auszuweisen.

Abs. 3 Der Jahresabschluß ist von sämtlichen Vorstandsmitgliedern des ECMI zu unterzeichnen.

§ 2. Die Wirtschaftsprüfung erfolgt durch

1) einen staatlich anerkannten oder eingetragenen dänischen Wirtschaftsprüfer oder durch einen deutschen Wirtschaftsprüfer mit gleichen Voraussetzungen oder

2) ein staatliches oder kommunales Prüfungsorgan.

§ 3. Die Wirtschaftsprüfung erfolgt in Übereinstimmung mit allgemein geltender Prüfungspraxis bei der öffentlichen Hand, so wie dieser Begriff in den dänischen Gesetzen über die Wirtschaftsprüfung der staatlichen Jahresabschlüsse (gem. § 3 in der Gesetzesbekanntmachung Nr. 489 vom 24. Juni 1991) definiert ist. Das beinhaltet, daß

1) bei der Prüfung die Richtigkeit des Jahresabschlusses und die Übereinstimmung der Dispositionen, die von der Rechnungslegung erfaßt sind, mit den Bewilligungsschreiben der Zuwendungsgeber, den Gesetzen und anderen Vorschriften sowie mit getroffenen Vereinbarungen und üblicher Praxis überprüft wird,

- 2) bei der Prüfung beurteilt werden muß, inwieweit bei dem Betrieb der Institution und bei der Verwaltung der Mittel gebührend die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt worden ist.
- § 4. Die Wirtschaftsprüfung kann stichprobenweise erfolgen. Der Umfang der Prüfung ist von der administrativen Struktur und den Geschäftsgängen des ECMI abhängig, hier auch von der internen Kontrolle und anderen Umständen, die für die Rechnungslegung von Bedeutung sind.
- § 5. Üblicherweise werden Prüfungen während des Jahres durchgeführt. Mindestens einmal im Jahr führt der Wirtschaftsprüfer eine unangemeldete Kassen- und Bestandsrevision durch. Als ein Teil der Prüfung gem. § 4 überprüft der Wirtschaftsprüfer die vorhandenen Geschäftsgänge, um festzustellen, ob die interne Kontrolle befriedigend ist.
- § 6. Das ECMI muß dem Wirtschaftsprüfer die Auskünfte erteilen, die er als von Bedeutung für seine Beurteilung der Rechnungslegung des ECMI ansieht. Das ECMI muß dem Prüfer Möglichkeiten für Überprüfungen geben, die er als notwendig betrachtet, und muß dafür sorgen, daß dem Prüfer die Auskünfte und die Hilfe gegeben werden, die er als notwendig für die Ausübung seines Auftrages ansieht.
- § 7. Stellt der Wirtschaftsprüfer Gesetzesverletzungen oder Außerachtlassung von Vorschriften fest, die von großer Bedeutung für die Verwaltung der Mittel sind, obliegt es ihm, den Vorstand des ECMI sofort entsprechend zu informieren sowie dafür zu sorgen, daß das ECMI innerhalb von 3 Wochen das Forschungsministerium entsprechend informiert. Andernfalls ist es die Pflicht des Prüfers, das Forschungsministerium zu informieren. Die Bemerkungen des Wirtschaftsprüfers werden zusammen mit der Mitteilung eingereicht.
- § 8. Der Wirtschaftsprüfer führt ein Prüfungsprotokoll, in dem festgehalten wird, welche Prüfungsarbeiten ausgeführt wurden, sowie alle wesentlichen Umstände, die Anlaß zu Bemerkungen geben.
- Abs. 2 Das Prüfungsprotokoll enthält gesonderte Angaben über die Untersuchungen sowie über die Beurteilung und die aus der Prüfung gezogenen Schlußfolgerungen in bezug auf die interne Kontrolle und Registrierungssysteme des Zuschußempfängers, über die Zielsetzung des ECMI (insbesondere bezüglich Dispositionen außerhalb der Zielsetzung), die Sparsamkeit, Produktivität und Effektivität des ECMI.
- Abs. 3 Bei der Prüfung des Jahresabschlusses wird ein Bericht über die durchgeführte Prüfung aufgenommen; in diesem ist enthalten

- 1) ob der Prüfer die gesetzlichen Handlungsvoraussetzungen erfüllt,
- 2) ob der Prüfer während seiner Prüfung sämtliche angeforderten Auskünfte erhalten hat,
- 3) ob der Prüfer den vorgelegten Jahresabschluß als in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Gesetzgebung und der Satzung zur Wirtschaftsprüfung betrachtet
- 4) und ob Zuschüsse und Zuwendungen in Übereinstimmung mit den gegebenen Bedingungen verwendet wurden und die Grundlage für die Zuschüsse in Übereinstimmung mit den geltenden Regeln erstellt wurde.

Abs. 4 Im Prüfungsprotokoll werden des weiteren Angaben über besondere Kontrollarbeiten, die Abgabe besonderer Berichte, über Beratung oder Hilfeleistung aufgenommen.

- § 9. Der geprüfte Jahresabschluß wird mit einem Vermerk versehen, aus dem hervorgehen muß, daß der Jahresabschluß in Übereinstimmung mit den Regeln dieser Richtlinien geprüft wurde. Eventuelle Vorbehalte des Wirtschaftsprüfers müssen aus diesem Vermerk ersichtlich sein.
- § 10. Eine Kopie der Prüfungsberichte des Jahres sowie der mit Prüfungsvermerk versehene Jahresabschluß ist vom ECMI spätestens bis zum 1. Juli des folgenden Jahres beim Forschungsministerium einzureichen.
- § 11. Diese Richtlinien treten bei Datierung der Unterzeichnung in Kraft und haben Gültigkeit für die Prüfung des Jahresabschlusses 1996 und der folgenden Jahre.

[DANISH TEXT — TEXTE DANOIS]

Aftale

mellem

Forbundsministeriet for Indenrigsafføgender

i Forbundsrepublikken Tyskland

og

det danske Forskningsministerium

om

European Centre for Minority Issues (ECMI)

Forbundsministeriet for Indenrigsaffænder
i Forbundsrepublikken Tyskland
og
det danske Forskningsministerium -

som tager i betragtning, at den fredelige sameksistens mellem flertal og mindretal i Europas lande er en grundlæggende forudsætning for fred på dette kontinent,

som ønsker gennem fælles oprettelse af European Centre for Minority Issues (ECMI) at skabe en i hele Europa aktiv institution, som gennem forskning, information og rådgivning skal bidrage til at mindske etniske konflikter og skal fremme den fredelige sameksistens mellem flertal og mindretal,

som med tanke på de økonomiske ydelser, som i årene 1996 og 1997 er erlagt fra tysk og dansk side til opbygning af ECMI,

som med tanke på den af det fælles følgeudvalg for det grænseoverskridende samarbejde i det tysk-danske grænseområde den 09. december 1996 og den 30. maj 1997 vedtagne startfinansiering for ECMI med midler fra EU-fællesskabsinitiativet INTERREG II A, Europæisk Fond for Regional Udvikling (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, EFRE),

som ønsker gennem fælles erklæring af 27. marts 1996 at regulere samarbejdet i forbindelse med oprettelsen og finansieringen af ECMI -

har vedtaget følgende:

Artikel 1

European Centre for Minority Issues (ECMI) oprettes som en selvejende institution med hjemsted i Flensborg i henhold til den tysk borgerlig ret efter delstatslovgivningen i delstaten Slesvig-Holsten. Den selvejende institutions opgaver fastlægges i de aftalte vedtægter.

Artikel 2

Den danske part rejser til institutionens formue på 21.000,-- DM (skriver: enogtyvetusind tyske mark) som sin andel 7.000,-- DM (skriver: syvtusind tyske mark). Den tyske part rejser som sin andel 14.000,-- DM (skriver: fjortetusind tyske mark), idet denne ydelse erlægges med halvdelen hver af den tyske forbundsstat og delstaten Slesvig-Holsten.

Artikel 3

(1) En varig finansiering af ECMI sikres i fællesskab af den tyske og den danske part. Finansieringsandelene i det fælles støttebeløb fastlægges efter følgende nøgle:

Den danske part:

Det danske Forskningsministerium	50 procent
----------------------------------	------------

Den tyske part 50 procent, fordeles som følger:

- Forbundsministeriet for Indenrigsanliggender	27 procent
------------------------------------------------	------------

- Delstatsregeringen i Slesvig-Holsten	23 procent
----------------------------------------	------------

(2) Fra og med finansåret 1998 vil parterne som en økonomisk grundydelse stille et fælles støttebeløb til rådighed, som mindst dækker institutionens uafviseligt nødvendige behov med henblik på at opfylde institutionens formål, men dog maksimalt udgør 1.200.000,-- DM (skriver: en million tohundredetusind tyske mark) pr. år.

(3) Den danske part yder sit årlige bidrag til ECMI fra og med 1998 i form af et fast beløb på maksimalt 600.000,-- DM (skriver: sekshundredetusind tyske mark). Kontoudbetalingen sker i to lige store beløb pr. 01. januar og pr. 01. juli. Beløbets størrelse fastsættes endeligt, når størrelsen af bidraget fra den tyske part er fastsat.

(4) Den tyske part indbetaler fra og med 1998 sine bidrag til ECMI i henhold til de tyske

budgetretlige regler og de aftaler, der er indgået (Procedureregler vedrørende støtte til European Centre for Minority Issues (ECMI)) med hensyn til tildeling af bevillinger til ECMI.

(5) De årlige ydelser er med forbehold af parlamentarisk bevilling.

(6) ECMI's bestyrelse forpligtes gennem vedlagte procedureregler vedrørende støtte til rettidigt inden udarbejdelsen af begge parter budgetter at fremlægge en økonomisk plan for begge parter. Parterne fastlægger i fællesskab størrelsen af det fælles årlige tilskud under hensyntagen til ECMI's nødvendige udgifter og forventede indtægter. Hvad angår indlevering af ansøgninger, bevilling, anvendelse af midlerne og dokumentation af ECMI's anvendelse af midler, henvises også til disse procedureregler og den danske instruks om regnskab og revision, som begge er en integreret del af denne aftale.

Artikel 4

ECMI's bestyrelse bliver gennem procedurereglerne vedrørende støtte pålagt fra og med 1. januar 1998 at ansøge om direkte budgetmidler fra den Europæiske Union til ECMI's drift med det mål på lang sigt at dække 50% af ECMI's løbende budgetmidler gennem tilskud fra den Europæiske Union. Parterne erklærer sig villige til at støtte ECMI-bestyrelsens ansøgninger til den Europæiske Union. ECMI's bestyrelse pålægges desuden at skaffe sig støttemidler fra anden side til den supplerende finansiering af ECMI.

Artikel 5

De aftalte vedtægter for ECMI opfylder efter tysk lovgivning betingelserne for at blive godkendt som værende almennyttige i henhold til den tyske afgiftslov (Abgabenordnung; afsnit: Skattebegünstigede formål). Institutionen kan indgive en ansøgning til skattemyndighederne om at blive godkendt som værende almennyttig. En godkendelse betyder for ECMI efter gældende lovgivning principielt fritagelse for selskabsskat, erhvervsskat, formueskat og ejendomsskat. ECMI er herefter kun forpligtet til at betale tysk moms.

Artikel 6

Uanset bestemmelserne i artikel 9 forbeholder den danske part sig ret til at genforhandle størrelsen af sit bidrag til institutionen, dersom de beskatningsmæssige forudsætninger i art. 5 ikke opfyldes eller ændres på en sådan måde, at der pålægges ECMI øget beskatning. Tilsvarende gælder lovgivningsmæssige og administrative tiltag, der væsentligt ændrer forudsætningerne for denne aftale.

Artikel 7

Ved undersøgelse af administrative tiltag i henseende til ECMI på grundlag af lovgivningen om selvejende institutioner i delstaten Slesvig-Holsten skal den tyske part konsultere den danske part.

Artikel 8

En uafhængig videnskabelig kommission evaluerer, om ECMI's aktiviteter er i overensstemmelse med vedtægterne; desuden evalueres effektiviteten. Evalueringen skal finde sted hvert fjerde år dog første gang i år 2002. Kommissionen nedsættes efter parternes fælles overenskomst.

Artikel 9

(1) Denne aftale gælder for en periode af ti år. Derefter forlænges den stiltiende hver gang med yderligere fem år. Hver part kan under overholdelse af et varsel på et år inden udløbet af den til enhver tid gældende gyldighedsperiode skriftligt opsige aftalen ad diplomatisk vej. Afgørende for beregningen af fristen er den dag, på hvilken den anden part modtager opsigelsen.

(2) Samtlige de ECMI-aktiviteter, som ikke er afsluttet ved udløbet af gyldighedsperioden, fortsættes, indtil de er afsluttet i henhold til bestemmelserne i denne aftale. Forpligtelserne i henhold til denne aftale omfatter også efter dennes ophør en opfyldelse af uundgåelige følgeomkostninger.

(3) Ændringer af aftalen kan til enhver tid foretages, såfremt begge parter er enige om det, og såfremt disse ændringer ikke skader en varig opfyldelse af den selvejende institutions formål.

Artikel 10

(1) Uenighed om fortolkning og anvendelse af denne aftale skal så vidt muligt løses ved forhandling.

(2) Såfremt enighed ikke kan opnås ved forhandling, skal uenigheden afgøres af en voldgiftsret bestående af en eller flere voldgiftsmænd, der udpeges ved overenskomst mellem parterne. Såfremt parterne ikke inden tre måneder kan opnå enighed om valget af voldgiftsmænd, kan enhver af parterne anmode præsidenten for Den Internationale Voldgiftsret om at udpege en voldgiftsmand til at afgøre konflikten.

Artikel 11

Denne aftale træder i kraft den dag på hvilken det danske Forskningsministerium meddeler Forbundsministeriet for Indenrigsaffægender i Forbundsrepublikken Tyskland, at de nationale parlamentariske betingelser for aftalens ikrafttræden er opfyldt.

Udfærdiget i Flensborg den 29. januar 1998 i to eksemplarer, ét på tysk og ét på dansk, og begge tekster har samme gyldighed.

For Forbundsministeriet for Indenrigsaffægender

i Forbundsrepublikken Tyskland

sign. Manfred Carstens

For det danske Forsknings-

ministerium

sign. Jytte Hilden

Bilag
til ressortaftale mellem Forbundsministeriet for
Indenrigsanliggender i Forbundsrepublikken
Tyskland og det danske Forskningsministerium

Procedureregler
vedrørende støtte til European Centre for Minority Issues (ECMI)

1. De støttemidler, som den danske og den tyske part stiller til rådighed for European Centre for Minority Issues (ECMI), tildeles centret som et fast beløb efter den til enhver tid gældende statslige ret. Tilskudsyderne er enige om, at ECMI inden for rammerne af de budgetretlige muligheder skal have en høj grad af fleksibilitet i anvendelsen af støttemidlerne i overensstemmelse med vedtægterne.
2. Inden bevillingen aftaler den tyske og den danske part arten og størrelsen af samt betingelserne for bevillingen. Tilskudsyderen på den tyske side er Ministeriet for Uddannelse, Videnskab, Forskning og Kultur i delstaten Slesvig-Holsten, som også bevilliger støttemidlerne for Forbundsministeriet for Indenrigsanliggender.
3. Forudsætningen for, at der stilles støttemidler til rådighed, er, at ECMI's bestyrelse i god tid inden udarbejdelsen af tilskudsydernes budgetter (som regel ultimo februar i året før) fremlægger en økonomisk plan i overensstemmelse med den til enhver tid gældende statslige ret for at gøre det muligt for tilskudsyderne at undersøge årsbehovet og fastsætte størrelsen af det fælles årstilskud.
4. Det pålægges ECMI's bestyrelse fra og med 1998 at ansøge om direkte budgetmidler til ECMI's drift fra den Europæiske Union med det mål på lang sigt at dække 50% af ECMI's løbende budgetmidler (institutionelle midler og projektstøtte) gennem tilskud fra den Europæiske Union. Tilskudsyderne vil støtte sådanne ansøgninger fra ECMI. Det er desuden ECMI's bestyrelse pålagt at skaffe sig støttemidler til en supplerende finansiering af ECMI (institutionelle tilskud og projektmidler) fra anden side (statslige institutioner, internationale organisationer, private institutioner).
5. Institutionelle støttemidler, som ECMI ikke har opbrugt i et budgetår, overføres til reserve og skal opløses inden for de næste budgetår (på mellemlang sigt). I den forbindelse skal reserve være øremærket til særlige formål. Ved etablering af reserver skal budget-, fonds- og skatteretlige regler overholdes.

6. Tilskudsyderne godkender, at ECMI med henblik på afregning af rejseomkostninger – under inddragelse af dansk og tysk rets bestemmelser om rejseomkostninger – udvikler en egen afregningsprocedure, som er i overensstemmelse med principperne om økonomisk påpasselighed og forsvarlighed. Tilskudsyderne vil på ny beskæftige sig med dette spørgsmål, når de erfaringer, som er indhøstet i løbet af to år, foreligger.

7. (a) Uanset de statslige revisionsmyndigheders ret til at undersøge anvendelsen af tilskuddene til ECMI udføres kontrollen af anvendelsen af støttemidlerne som en revision foretaget af en statsautoriseret eller en registreret dansk revisor eller af en offentligt autoriseret tysk revisor (Wirtschaftsprüfer) med de samme forudsætninger eller af et centralt eller kommunalt revisionsorgan. Det påhviler ECMI's bestyrelse at give revisionen i opdrag.

- (b) Revisionen omfatter kontrol af årsregnskabet inklusive de pålæg, som er indeholdt i den tyske tilskudsyders bevilling, samt kontrol af ECMI's økonomiske påpasselighed, effektivitet og virke i henhold til god offentlig revisionsskik, således som dette begreb er fastlagt i den danske lovgivning vedrørende revision af det danske finansministeriums conti.

- (c) ECMI's bestyrelse har pligt til at sørge for, at revisoren har adgang til de informationer, som er relevante for revisionen. Revisoren har pligt til omgående at informere ECMI's bestyrelse og tilskudsyderne om eventuelle lovovertrædelser eller andre uregelmæssigheder af materiel art i forbindelse med anvendelsen af støttemidlerne.

- (d) Resultatet af revisionen godkendes af den danske og den tyske part i fællesskab (af det danske Forskningsministerium og Ministeriet for Uddannelse, Videnskab, Forskning og Kultur i delstaten Slesvig-Holsten).

8. Tilskudsyderne gør disse procedureregler til en integreret del af deres pålæg over for ECMI vedrørende anvendelsen af støttemidlerne.

Bilag
til ressortaftale mellem Forbundsministeriet for
Indenrigsanliggender i Forbundsrepublikken
Tyskland og det danske Forskningsministerium

Instruks om regnskab og revision ved Europæisk Center for Mindretalsspørgsmål

Denne instruks omfatter regnskabet og revisionen af regnskabet for den samlede virksomhed ved Europæisk Center for Mindretalsspørgsmål (ECMI). Instruksen er udstedt med hjemmel i tekstanmærkning til finanslovens § 19.35.17.50 Europæisk Center for Mindretalsspørgsmål.

§ 1. Regnskabsåret er kalenderåret.

Stk. 2. Regnskabet skal særskilt udvise tilskud modtaget fra Forskningsministeriet.

Stk. 3. Regnskabet underskrives af alle medlemmer af centrets bestyrelse.

§ 2. Revisionen udføres af

1) en statsautoriseret, registreret eller tilsvarende tysk autoriseret revisor eller

2) et statsligt eller kommunalt revisionsorgan

§ 3. Revisionen udføres i overensstemmelse med god offentlig revisionsskik, sådan som dette begreb er fastlagt i den danske lovgivning om revisionen af statens regnskaber (jf. § 3 i lovbekendtgørelse nr. 489 af 24. juni 1991). Det indebærer, at

1) det ved revisionen efterprøves, om regnskabet er rigtigt og de dispositioner, der er omfattet af regnskabsaflæggelsen, er i overensstemmelse med bevillingsskrivelser fra bidragsydere, love og andre forskrifter samt med indgåede aftaler og sædvanlig praksis.

2) det ved revisionen vurderes, hvorvidt der er taget skyldige økonomiske hensyn ved driften af den institution og ved forvaltningen af de midler, der er omfattet af regnskabet.

- § 4. Revisionen kan udføres ved stikprøvevise undersøgelser. Revisionens omfang afhænger af centrets administrative struktur og forretningsgange, herunder den interne kontrol og andre forhold af betydning for regnskabsaflæggelsen.
- § 5. Der foretages sædvanligvis revision i årets løb. Revisor foretager mindst én gang årligt et uanmeldt kasse- og beholdningseftersyn. Som led i revisionen, jf. § 4, undersøger revisor de eksisterende forretningsgange med henblik på at påse, om den interne kontrol er betryggende.
- § 6. Centret skal give revisor de oplysninger, som revisor anser af betydning for bedømmelsen af centrets regnskabsaflæggelse. Centret skal give revisor adgang til at foretage de undersøgelser, denne finder nødvendige, og skal sørge for, at revisor får de oplysninger og den bistand, som revisor anser for nødvendige for udførelsen af sit hverv.
- § 7. Bliver revisor opmærksom på lovovertrædelser eller tilsidesættelser af forskrifter af væsentlig betydning ved midlernes forvaltning, påhviler det revisor straks at give centrets bestyrelse meddelelse derom, samt påse, at centret inden 3 uger giver Forskningsministeriet meddelelse herom. I modsat fald er det revisors pligt at orientere Forskningsministeriet. Revisors bemærkninger indsendes sammen med meddelelsen.
- § 8. Revisor fører en revisionsprotokol. I revisionsprotokollen indføres beretning om, hvilket revisionsarbejde, der er udført, samt alle væsentlige forhold, der har givet anledning til bemærkninger.
- Stk. 2. I revisionsprotokollen oplyses særskilt om revisors undersøgelser af samt vurdering og konklusioner vedrørende tilskudsmodtagerens interne kontrol og registreringssystemer, centrets formål (navnlig om dispositioner udenfor formålet), sparsommelighed, produktivitet og effektivitet.
- Stk. 3. Ved revisionen af årsregnskabet indføres beretning om den udførte revision, herunder:
- 1) om revisor opfylder de i lovgivningen indeholdte habilitetsbetingelser,
 - 2) om revisor under sin revision har modtaget alle de oplysninger, der er anmodet om,

3) om revisor anser regnskabet for aflagt efter lovgivningens og vedtægternes krav til regnskabsaflæggelsen, og

4) om tilskud og bidrag er anvendt i overensstemmelse med de givne vilkår, og tilskudsgrundlaget er opgjort i overensstemmelse med gældende regler.

Stk. 4. I revisionsprotokollen indføres endvidere oplysninger om særlige kontrolarbejder, afgivelse af særlige beretninger, rådgivning eller assistance.

§ 9. Det reviderede regnskab forsynes med en påtegning, hvoraf det skal fremgå, at regnskabet er revideret i overensstemmelse med reglerne i denne instruks. Revisors eventuelle forbehold skal fremgå af påtegningen.

§ 10. Genpart af årets revisionsprotokollater indsendes af centret til Forskningsministeriet med det påtegnede årsregnskab senest den 1. juli i året efter regnskabsåret.

§ 11. Denne instruks træder i kraft ved underskriftens datering og har virkning for revisionen af årsregnskaberne for 1996 og følgende år.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL MINISTRY OF THE INTERIOR
OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE MINISTRY OF
RESEARCH OF THE KINGDOM OF DENMARK CONCERNING THE
EUROPEAN CENTRE FOR MINORITY ISSUES (ECMI)

The Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany and the Ministry of Research of the Kingdom of Denmark,

Convinced that the peaceful coexistence of majority and minority groups in European countries is the basis for peace on that continent,

Wishing to create, through the joint establishment of the European Centre for Minority Issues (ECMI), an institution active in all of Europe that will contribute to reducing ethnic conflict through research, information and advisory services and promote the peaceful coexistence of majority and minority groups,

Considering the financial contributions in 1996 and 1997 from the German and Danish parties towards the establishment of ECMI,

Considering the decisions taken by the joint follow-up committee on cross-border cooperation in the German-Danish border area on 9 December 1996 and 30 May 1997 with regard to start-up funding for ECMI using funds available through the European Union's Community initiative INTERREG II/European Regional Development Fund (ERDF),

Wishing to regulate their cooperation in conformity with the joint statement of 27 March 1996 with regard to the establishment and funding of ECMI,

Have agreed as follows:

Article 1

The European Centre for Minority Issues (ECMI) shall be established as a civil-law foundation with headquarters in Flensburg under the laws of the Land of Schleswig-Holstein. The functions of the foundation shall be as set out in the agreed Statutes.

Article 2

The Danish party shall contribute DM 7,000 (seven thousand deutsche mark) as its share of the foundation's endowment of DM 21,000 (twenty-one thousand deutsche mark). The German Party shall contribute DM 14,000 (fourteen thousand deutsche mark), of which half shall come from the Federal Government and half from the Land of Schleswig-Holstein.

Article 3

(1) The German and Danish parties shall provide jointly for the ongoing funding of ECMI. Their shares in the joint contribution towards its support shall be as follows:

Danish party:

Ministry of Research: 50 per cent

German Party: 50 per cent, to be divided internally as follows:

Federal Ministry of the Interior 27 per cent

Government of the Land of Schleswig-Holstein 23 per cent

(2) From the budget year 1998 onwards, the Contracting Parties shall provide as basic funding a joint support contribution that covers at least the absolute minimum required by the foundation to accomplish its purpose, but no more than DM 1,200,000 (one million two hundred thousand deutsche mark) per year.

(3) The Danish party shall pay its annual contribution to ECMI from 1998 onwards as a fixed amount not to exceed DM 600,000 (six hundred thousand deutsche mark). Payment shall be made in two equal amounts on 1 January and 1 July. The amount of the contribution shall be finally determined once the amount of the German contribution has been established.

(4) The German party shall pay its contributions to ECMI from 1998 onwards in accordance with German budget regulations and the agreements (procedural regulations concerning support for ECMI) reached with regard to the awarding of grants to ECMI.

(5) The annual payments shall be subject to parliamentary approval.

(6) The Board of ECMI shall be required, in conformity with the procedural regulations concerning support annexed hereto, to submit a business plan to both Contracting Parties in good time before the preparation of their budgets. The Contracting Parties shall agree on the amount of their joint annual grant in the light of the required expenditures and expected income of ECMI. With regard to the submittal of requests, appropriations, use of funds and records to be kept on the use of funds by ECMI, reference shall be made to the procedural regulations and to Danish regulations on accounting audits, both of which texts form part of this Agreement.

Article 4

The ECMI Board shall, in conformity with the procedural regulations concerning support, seek budgetary funds directly from the European Union for ECMI operations starting 1 January 1998, with the long-term goal of covering 50 per cent of the ECMI operating budget from European Union grants. The Contracting Parties declare their readiness to support the ECMI Board's requests to the European Union. The ECMI Board shall also seek additional funding for ECMI from other sources.

Article 5

The agreed Statutes of ECMI fulfil the requirements under German law for the Centre's recognition as a non-profit organization as defined in the German Tax Code (section on tax-exempt purposes). The foundation can apply for non-profit status from the tax authorities. The granting of non-profit status to ECMI entails exemption from corporation tax, trade tax, capital tax and real property tax. ECMI shall be required to pay only value-added tax.

Article 6

The provisions of article 9 notwithstanding, the Danish party reserves the right to renegotiate the size of its contribution to the foundation if the tax conditions in article 5 are not realized or if they are amended in such a way as to impose increased taxes on ECMI. The same shall apply with regard to any legislative or administrative measures that significantly alter the basis of this Agreement.

Article 7

In the event of an audit of ECMI administrative practices under the laws of the Land of Schleswig-Holstein governing foundations the German party shall consult with the Danish party.

Article 8

An independent expert commission shall evaluate whether ECMI activities are efficient and in accordance with its Statutes. There shall be an evaluation every four years, the first taking place in 2002. The commission shall be formed by joint agreement of the Contracting Parties.

Article 9

(1) This Agreement shall remain in force for a period of ten years. It shall be tacitly extended thereafter for further periods of five years. Either Contracting Party may denounce the Agreement in writing through the diplomatic channel no later than one year before its expiry. In determining whether the deadline is met, the date of receipt of the denunciation by the other Contracting Party shall be decisive.

(2) Any ECMI activities that have not been completed by the time of expiry shall continue until completed in accordance with the provisions of this Agreement. Obligations arising out of this Agreement shall continue beyond its termination so that any unavoidable subsequent costs shall be met.

(3) This Agreement may be amended at any time, provided that both Contracting Parties agree and that such amendments do not hinder the ongoing fulfilment of the foundation's purpose.

Article 10

(1) Disputes regarding the interpretation or implementation of this Agreement shall be resolved by negotiation if possible.

(2) In the event that no agreement can be reached by negotiation, the disputes shall be submitted to an arbitral tribunal consisting of one or more arbitrators to be appointed jointly by the Contracting Parties. If the Contracting Parties are made within three months to agree on the appointment of arbitrators, either of the Parties may request the Chairman of the International Court of Arbitration to appoint an arbitrator to resolve the dispute.

Article 11

This Agreement shall enter into force on the day that the Ministry of Research of the Kingdom of Denmark informs the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany that the domestic parliamentary requirements for the entry into force of the Agreement have been fulfilled.

DONE at Flensburg on 29 January 1998 in two originals, each in the German and Danish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Ministry of the Interior of the Federal Republic of Germany:

MANFRED CARSTENS

For the Ministry of Research of the Kingdom of Denmark:

JYTTÉ HILDEN

ANNEX TO THE MINISTERIAL AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL
MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE MINISTRY OF RESEARCH OF THE KINGDOM OF DENMARK

PROCEDURAL REGULATIONS CONCERNING SUPPORT FOR THE EUROPE
CENTRE FOR MINORITY ISSUES (ECMI)

1. The support funds made available to the European Centre for Minority Issues by the Danish and German parties shall be allocated to the Centre as a fixed amount under the laws of each of the States concerned. The donors have agreed that ECMI shall have considerable latitude in the use of those funds, within budget constraints and in accordance with its Statutes.

2. Before making the appropriation, the German and Danish parties shall agree on the type and amount of the appropriation and the conditions that apply. The donor on the German side is the Ministry of Education, Science, Research and Culture of the Land of Schleswig-Holstein, also acting on behalf of the Federal Ministry of the Interior.

3. As a condition for the release of the support funds, the ECMI Board must present, in good time before the donors prepare their budgets (normally, the end of February of the preceding year), a business plan in conformity with the laws of the respective States, so that the donors may verify the requirements for the year and determine the amount of their joint annual grant.

4. The ECMI Board shall request budgetary funds directly from the European Union for ECMI operations from 1998 onwards, with the long-term goal of covering 50 per cent of the ECMI operating budget (institutional resources and project support) from European Union grants. Such requests from the ECMI will be supported by the donors. The ECMI Board shall also seek additional funding for the Centre (institutional donations and project resources) from other sources (government institutions, international organizations, private institutions).

5. Institutional support funds not used by ECMI in a particular budget year shall be applied to reserves and used in future budget years (in the medium term). Reserves must be earmarked for a specific purpose. The establishment of reserves shall be governed by the legal provisions relating to budgets, foundations and taxation.

6. The donors agree that ECMI, in settling travel expenses in accordance with the Danish and German rules on travel expenses, shall develop its own settlement procedure meeting the basic requirements of economy and accountability. The donors shall review this matter after two years' experience has been gained.

7. (a) Without prejudice to the right of government auditors to verify the uses to which the funds provided to ECMI have been put, a regular accounting audit of the use of the support funds shall be carried out by a government-recognized or registered Danish auditor or a similarly qualified German auditor or by a central or municipal auditing body. The ECMI Board shall commission the audit.

(b) The audit shall cover the annual financial statements, including any stipulations associated with the German donor's appropriation, and an audit of the Centre's economical

functioning, efficiency and effectiveness in accordance with normal auditing standards, as defined in the laws on auditing the accounts of the Ministry of Finance of the Kingdom of Denmark.

(c) The ECMI Board shall be required to ensure that the auditors have access to the information relevant to the audit. The auditor shall be required immediately to inform the ECMI Board and the donors of any violations of the law or other irregularities of a material kind in the use of the support funds.

(d) The results of the audit shall be approved jointly by the Danish and German parties (the Ministry of Research of the Kingdom of Denmark and the Ministry of Education, Science, Research and Culture of the Land of Schleswig-Holstein).

8. The donors shall make these procedural regulations an integral part of their instructions to ECMI regarding the use of support funds.

ANNEX TO THE MINISTERIAL AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL
MINISTRY OF THE INTERIOR OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE MINISTRY OF RESEARCH OF THE KINGDOM OF DENMARK

GUIDELINES CONCERNING THE ANNUAL FINANCIAL STATEMENTS AND
AUDIT OF THE EUROPEAN CENTRE FOR MINORITY ISSUES (ECMI)

These guidelines apply to the annual financial statements and audit covering all activities of the European Centre for Minority Issues. The guidelines have been drawn up in conformity with the annotations to section 19.35.17.50 of the Danish Budget Act -- European Centre for Minority Issues.

1. The accounting year shall be the calendar year.

Para. 2 The annual financial statements shall report separately grants received from the Ministry for Research.

Para. 3 The annual financial statements shall be signed by all members of the ECMI Board.

2. The audit shall be performed:

(1) By a government-recognized or registered Danish auditor or by a similarly qualified German auditor, or

(2) By a State or municipal auditing body.

3. The audit shall be carried out in conformity with good public auditing practice, as this concept is defined in the Danish law on the audit of State annual financial statements (see section 3 of Consolidating Act no. 489 of 24 June 1991). This implies that:

(1) The audit shall verify whether the annual financial statements are correct and whether the disposition of the funds reflected in the accounts is in conformity with the donors' grant instructions, with the laws and regulations and with agreements made and standard practice,

(2) The regular accounting audit shall include an assessment of the extent to which the operation of the Centre and the management of resources have been adequately guided by considerations of economic efficiency.

4. The audit may be performed through spot checks. The scope of the audit will depend on the Centre's administrative structure and operating procedures and on its internal controls and other circumstances relevant to its accounting.

5. Audits shall normally be performed throughout the year. At least once a year the auditor shall perform an unannounced audit of cash and inventory. As part of the audit referred to in paragraph 4, the auditor shall examine current operations in order to verify whether internal controls are adequate.

6. ECMI shall make available to the auditor the information that he feels is important for his evaluation of the Centre's accounting. ECMI shall give the auditor the opportunity to perform the checks that he feels are necessary and shall ensure that the auditor receives the information and assistance that he feels are required in order to carry out his tasks.

7. In the event that the auditor determines that there have been violations of the law or deviations from the rules that are of major significance for the management of funds, he must inform the ECMI Board immediately and ensure that ECMI informs the Ministry of Research within three weeks. Failing that, it shall be the auditor's duty to inform the Ministry of Research. The auditor's comments shall be sent with the notice.

8. The auditor shall keep an audit record, in which he shall note the auditing tasks performed and any material circumstances that have given rise to comments.

Para. 2 The audit record shall include specific information concerning the auditor's investigations, together with the evaluations and conclusions based on the audit concerning the grant recipient's internal controls and recording system, concerning the Centre's target-setting (especially the use of resources for non-targeted purposes), and the economy, productivity and effectiveness of ECMI operations.

Para. 3 The audit of the annual financial statements shall result in an audit report stating:

- (1) Whether the auditor has the legal qualifications;
- (2) Whether the auditor received all of the information requested during the audit;
- (3) Whether the auditor considers the annual financial statements to be in conformity with the requirements of the law and the Statutes from an auditing standpoint;
- (4) Whether grants and contributions were used in accordance with the conditions specified and the basis for the grants was determined in conformity with the applicable rules.

Para. 4 The audit record shall also provide information concerning special checks carried out, the submission of special reports, and advice or assistance given.

9. The audited annual financial statements shall be provided with a certificate stating that they have been audited in accordance with the rules contained in these guidelines. Any reservations on the part of the auditor shall also be indicated in the certificate.

10. A copy of the audit reports and of the annual financial statements with the audit certificate shall be sent by ECMI to be received by the Ministry of Research no later than 1 July of the following year.

11. These guidelines shall enter into force on the date of signature and shall apply to the audit of the annual financial statements for 1996 and subsequent years.

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE LA RECHERCHE ET DE L'INFORMATION TECHNOLOGIQUE DU ROYAUME DU DANEMARK CONCERNANT LE CENTRE EUROPÉEN POUR LES PROBLÈMES DES MINORITÉS (ECMI)

Le Ministère fédéral de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne
et

le Ministère de la recherche du Royaume de Danemark,

Considérant que la coexistence pacifique entre les majorités et les minorités au sein des Etats européens constitue une condition sine qua non pour la paix sur ce continent,

Désireux de créer par la mise en place commune du Centre européen pour les problèmes des minorités (ECMI) une institution active à l'échelle européenne qui contribuera par ses travaux de recherche, d'information et de conseil à atténuer les conflits ethniques et qui encouragera la coexistence pacifique entre les majorités et les minorités,

Rappelant les prestations financières fournies par les parties allemande et danoise, en 1996 et 1997, afin d'établir l'ECMI,

Rappelant le financement de lancement pour l'ECMI adopté par le Comité de suivi commun de la coopération transfrontalière dans la région frontalière germano-danoise, les 9 décembre 1996 et 30 mai 1997, par des crédits provenant de l'initiative communautaire INTERREG II A/Fonds européen de développement régional (FEDER),

Désireux de régler la coopération lors de la mise en place et du financement de l'ECMI, conformément à la Déclaration commune du 27 mars 1996,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le Centre européen pour les problèmes des minorités (ECMI) sera créé en tant que fondation de droit commun ayant son siège à Flensburg, selon la législation du Land de Schleswig-Holstein. Les tâches de la fondation seront définies par les statuts adoptés.

Article 2

La Partie danoise contribuera au capital de la fondation pour un montant de DM 21.000,- (en toutes lettres : vingt-et-un mille deutschmarks) par un apport de DM 7.000,- (en toutes lettres : sept mille deutschmarks). La Partie allemande fournira un apport de DM 14.000,- (en toutes lettres : quatorze mille deutschmarks), cette somme étant répartie par moitié entre la Fédération et le Land de Schleswig-Holstein.

Article 3

1. Un financement durable de l'ECMI sera assuré en commun par les Parties allemande et danoise. Les parts de financement par rapport au montant de la subvention commune seront définies selon la formule suivante :

Partie danoise,

Ministère de la recherche : 50 pour cent

Partie allemande : 50 pour cent qui seront répartis à l'intérieur du pays comme suit :

Ministère fédéral de l'Intérieur : 27 pour cent

Gouvernement du Land de Schleswig-Holstein : 23 pour cent

2. A partir de l'année budgétaire 1998, les Parties contractantes mettront à disposition un montant de subvention commune comme dotation financière de base couvrant au moins les besoins indispensables de la fondation pour atteindre le but de celle-ci, plafonné cependant à un montant de DM 1.200.000,-- (en toutes lettres : un million deux cent mille deutschmark) par an.

3. La Partie danoise versera sa contribution annuelle à l'ECMI à partir de 1998, sous forme d'un montant fixe de DM 600.000,-- au maximum (en toutes lettres : six cent mille deutschmarks). Le virement se fera en deux tranches égales, le 1er janvier et le 1er juillet respectivement. Le montant sera définitivement fixé, lorsque le montant de la contribution allemande sera arrêté.

4. La Partie allemande versera ses contributions à l'ECMI, à partir de 1998, conformément aux prescriptions en matière de droit budgétaire et aux conventions (règles de procédures relatives à la promotion de l'ECMI) portant sur les autorisations de fonds à allouer à l'ECMI.

5. Les prestations annuelles seront sujettes à l'approbation parlementaire.

6. Le Comité de direction de l'ECMI est tenu par les règles de procédures relatives à la promotion qui se trouveront en annexe, de présenter un programme de travail aux deux Parties contractantes, dans les meilleurs délais avant l'établissement des budgets prévisionnels des deux Parties contractantes. Les Parties contractantes fixeront d'un commun accord le montant de la subvention annuelle commune, en tenant compte des dépenses nécessaires de l'ECMI et des recettes escomptées. En ce qui concerne la demande, l'approbation, l'utilisation des fonds et les preuves concernant l'utilisation des fonds par l'ECMI, on renvoie également auxdites règles de procédure et aux normes danoises en matière de vérifications des comptes qui font partie intégrante du présent Accord.

Article 4

Le Comité de direction de l'ECMI est tenu par les règles de procédure relatives à la promotion, de demander, à partir du 1er janvier 1998, des crédits budgétaires directs à l'Union européenne pour le fonctionnement de l'ECMI, dans le but de couvrir à long terme 50 pour cent des fonds budgétaires courants de l'ECMI par des subventions communautaires. Les Parties contractantes se déclarent prêtes à soutenir les demandes du comité de direction de

l'ECMI auprès de l'Union européenne. Le Comité de direction de l'ECMI est de plus tenu de collecter des subventions de parties tierces pour compléter le financement de l'ECMI.

Article 5

Les statuts convenus de l'ECMI correspondent selon le droit allemand aux conditions requises pour être reconnu comme établissement d'utilité publique au sens de la législation fiscale (section : buts bénéficiant d'allègements fiscaux). La fondation pourra demander l'utilité publique auprès des administrations fiscales. L'utilité publique reconnue à l'ECMI selon le droit en vigueur signifie en principe l'exemption de l'impôt sur les sociétés, de l'impôt sur les activités industrielles et commerciales, de l'impôt sur la fortune et de l'impôt foncier. L'ECMI sera cependant soumis à l'obligation de payer la taxe à la valeur ajoutée.

Article 6

Sans préjudice des dispositions de l'article 9, la Partie danoise se réserve néanmoins le droit de renégocier le montant de sa contribution à la fondation, si les conditions d'imposition prévues à l'article 5 ne sont pas remplies ou si elles sont modifiées de telle sorte que l'ECMI sera passible d'une imposition plus élevée. Cela s'applique également aux mesures légales et administratives qui modifient substantiellement les conditions requises du présent Accord.

Article 7

Lors de l'examen des mesures administratives concernant l'ECMI sur la base de la législation en matière de fondations du Land de Schleswig-Holstein, la Partie allemande consultera la Partie danoise.

Article 8

L'activité statutaire et l'efficacité de l'ECMI seront évaluées par une commission scientifique indépendante. L'évaluation aura lieu tous les quatre ans, mais pour la première fois en 2002. La commission sera nommée d'un commun accord par les Parties contractantes.

Article 9

1. Le présent Accord est conclu pour une durée de dix ans. Par la suite, il sera prorogé à chaque fois tacitement de cinq ans. Chacune des Parties contractantes pourra, en respectant un délai d'un an avant l'échéance de la durée de validité en cours, dénoncer l'Accord par écrit, par la voie diplomatique. La date de réception de la lettre de dénonciation auprès de l'autre Partie contractante sera le jour pris en compte pour le calcul du délai.

2. Toutes les activités de l'ECMI n'ayant pas été achevées à la fin de la durée de validité seront poursuivies jusqu'à leur terme, conformément aux dispositions du présent Accord. Les obligations découlant du présent Accord comprennent également la couverture des coûts consécutifs indispensables même après son terme.

3. Il sera possible à tout moment de modifier le présent Accord d'un commun accord entre les Parties contractantes, dans la mesure où ces modifications ne compromettent pas l'existence de la fondation et la poursuite de ses objectifs.

Article 10

1. Tout différend sur l'interprétation et l'application du présent Accord sera réglé dans la mesure du possible par des négociations.

2. Si les négociations n'aboutissent pas, les différends seront réglés par un tribunal d'arbitrage comprenant un ou plusieurs arbitres qui sera/seront nommés d'un commun accord par les Parties contractantes. Si les Parties contractantes n'arrivent pas à se mettre d'accord sur le choix des arbitres dans un délai de trois mois, chacune des Parties contractantes pourra demander au Président du Tribunal d'arbitrage international de nommer un arbitre statuant sur le conflit.

Article 11

Le présent Accord entrera en vigueur le jour où le Ministère de la Recherche du Royaume du Danemark informera le Ministère fédéral de l'Intérieur de la République fédérale d'Allemagne que les conditions parlementaires nationales sont remplies pour l'entrée en vigueur de l'Accord.

Fait à Flensburg, le 29 janvier 1998, en deux exemplaires originaux, en langue allemande et danoise, les deux versions faisant également foi.

Pour le Ministère fédéral de l'Intérieur
de la République fédérale d'Allemagne :

MANFRED CARSTENS

Pour le Ministère de la Recherche
du Royaume du Danemark :

JYTTE HILDEN

ANNEXE À L'ACCORD MINISTÉRIEL CONCLU ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL
DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE
MINISTÈRE DE LA RECHERCHE DU ROYAUME DU DANEMARK

RÈGLES DE PROCÉDURE RELATIVES À LA PROMOTION DU CENTRE EUROPÉEN POUR LES
PROBLÈMES DES MINORITÉS (ECMI)

1. Les subventions mises à la disposition du Centre européen pour les problèmes des minorités (ECMI) par les parties danoise et allemande lui seront allouées en tant que montant fixe selon le droit national respectif en vigueur. Les bailleurs de fonds sont d'accord pour laisser à l'ECMI, dans le cadre des possibilités budgétaires, un haut degré de souplesse dans l'utilisation statutaire des subventions.

2. Avant l'autorisation, les Parties allemande et danoise se mettent d'accord sur la nature, le montant et les conditions de l'autorisation. Le bailleur des fonds de la Partie allemande est le Ministère de l'éducation, des sciences, de la recherche et de la culture du Land de Schleswig-Holstein qui approuve les crédits également pour le Ministère fédéral de l'Intérieur.

3. La condition requise pour la mise à disposition des crédits est que le Comité de direction présente un programme de travail aux bailleurs de fonds, dans les meilleurs délais, avant l'établissement de leurs budgets prévisionnels respectifs (en règle générale fin février de l'année précédente), conformément au droit national en vigueur, afin de permettre aux bailleurs de fonds d'examiner les besoins annuels et de fixer le montant de la subvention annuelle commune.

4. Le comité de direction de l'ECMI est tenu de demander, à partir de 1998, des crédits budgétaires directs à l'Union européenne pour le fonctionnement de l'ECMI, dans le but de couvrir à long terme 50 pourcent des fonds budgétaires courants de l'ECMI (fonds institutionnels et aides aux projets) par des subventions communautaires. Les demandes correspondantes de l'ECMI seront soutenues par les bailleurs de fonds. Le comité de direction de l'ECMI est en outre tenu de collecter des subventions de tierces parties (institutions publiques, organisations internationales, établissements privés) pour compléter le financement de l'ECMI (fonds institutionnels et aides aux projets).

5. Les fonds de subvention institutionnels que l'ECMI n'a pas utilisés au cours d'une année budgétaire seront affectés aux réserves pour être absorbés au cours des années budgétaires suivantes (à moyen terme). Dans ce contexte, les réserves seront destinées à une affectation particulière. Lors de la constitution de réserves, on respectera les dispositions du droit budgétaire, du droit en matière de fondations et du droit fiscal.

6. Les bailleurs de fonds sont d'accord pour que l'ECMI développe pour le décompte des frais de voyage, en tenant compte des législations danoise et allemande en matière de frais de voyage, une procédure spécifique de décompte respectant les principes d'économie et d'efficacité. Les bailleurs de fonds réexamineront cette question dès que les résultats des expériences accumulées au cours de deux années seront disponibles.

7. (a) Sans préjudice du droit des cours des comptes nationales de contrôler l'utilisation des subventions à l'ECMI, la vérification de l'utilisation des subventions sera effectuée

par un audit fait par un vérificateur aux comptes danois reconnu par l'Etat ou enregistré ou par un vérificateur aux comptes allemand ayant les mêmes qualifications ou par un cabinet central ou communal de vérificateurs aux comptes. Le mandat pour l'audit sera donné par le comité de direction de l'ECMI.

(b) L'audit comprendra le contrôle des comptes annuels y compris les prescriptions contenues dans l'autorisation du bailleur de fonds allemand ainsi que le contrôle de l'économie, de l'efficience et de l'efficacité de l'ECMI conformément aux normes de vérification aux comptes, tel que ce terme est défini dans les lois sur le contrôle des comptes du Ministère des Finances du Royaume du Danemark.

(c) Le Comité de direction de l'ECMI est tenu de veiller à ce que le vérificateur aux comptes ait accès aux informations nécessaires pour le contrôle. Le vérificateur aux comptes est tenu d'informer immédiatement le comité de direction de l'ECMI et les bailleurs de fonds d'éventuelles violations des lois ou autres irrégularités matérielles lors de l'utilisation des subventions.

(d) Le résultat du contrôle sera constaté d'un commun accord par les parties danoise et allemande (Ministère de la Recherche du Royaume du Danemark et Ministère de l'Éducation, des sciences, de la recherche et de la culture du Land de Schleswig-Holstein).

8. Les bailleurs de fonds considèrent les présentes règles de procédure comme faisant partie intégrante de leurs prescriptions sur l'utilisation des subventions accordées à l'ECMI.

ANNEXE À L'ACCORD MINISTÉRIEL CONCLU ENTRE LE MINISTÈRE FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE MINISTÈRE DE LA RECHERCHE DU ROYAUME DU DANEMARK

DIRECTIVES CONCERNANT LES COMPTES ANNUELS ET LA VÉRIFICATION DES COMPTES DU CENTRE EUROPÉEN POUR LES PROBLÈMES DES MINORITÉS (ECMI)

Les présentes directives seront applicables à l'arrêté des comptes annuels et à la vérification des comptes de l'ensemble du Centre européen pour les problèmes des minorités (ECMI). Les directives sont établies et juridiquement ancrées dans les observations portant sur l'art. 19.35.17.50 de la Loi budgétaire danoise - Centre européen pour les problèmes des minorités.

§ 1 L'exercice correspond à l'année civile.

Alinéa 2 Les subventions accordées par le Ministère de la recherche devront figurer séparément dans les comptes annuels.

Alinéa 3 Les comptes annuels devront être signés par tous les membres du comité de direction de l'ECMI.

§ 2 La vérification des comptes sera effectuée par un vérificateur aux comptes danois reconnu par l'Etat ou enregistré ou par un vérificateur aux comptes allemand ayant les mêmes qualifications ou par un organisme de contrôle public ou communal.

§ 3 La vérification des comptes s'effectuera en accord avec les pratiques de contrôle généralement reconnues par les pouvoirs publics, tel que ce terme est défini dans la législation danoise relative à la vérification des comptes pour les comptes annuels publics (en vertu de l'article 3 dans le Journal officiel (danois) no 489 en date du 24 juin 1991). Cela signifie que

1) l'exactitude des comptes annuels et le respect des dispositions liées à la présentation des comptes sont vérifiés lors du contrôle, les lettres d'approbation des bailleurs des fonds, les lois et autres prescriptions ainsi que des conventions conclues et la pratique habituelle sont également contrôlées,

2) le contrôle jugera la mesure dans laquelle le fonctionnement de l'institution et la gestion des fonds ont suffisamment tenu compte des règles de bonne économie.

§ 4 La vérification des comptes pourra se faire par sondages. L'étendue du contrôle sera fonction de la structure administrative et des opérations de l'ECMI, ainsi que du contrôle interne et d'autres facteurs ayant leur importance dans la présentation des comptes.

§ 5 En général, les vérifications seront effectuées au cours de l'année. Le vérificateur aux comptes effectuera au moins une fois par an un contrôle de la trésorerie et de l'inventaire sans préavis. En tant que partie du contrôle en vertu de l'article 4, le vérificateur aux comptes examinera les opérations effectuées pour savoir si le contrôle interne fonctionne de manière satisfaisante.

§ 6 L'ECMI est tenu de fournir tous les renseignements au vérificateur aux comptes qu'il juge nécessaires pour apprécier la présentation des comptes de l'ECMI. L'ECMI offrira au vérificateur la possibilité d'effectuer les contrôles qu'il juge nécessaires et veillera

à ce que soient fournis au vérificateur tous les renseignements et l'assistance indispensables pour l'exercice de son mandat.

§ 7 Si le vérificateur aux comptes constate des infractions aux lois ou le non respect de dispositions ayant une grande importance pour la gestion des fonds, il lui incombe d'informer immédiatement le comité de direction de l'ECMI ainsi que de veiller à ce que l'ECMI informe le Ministère de la Recherche dans un délai de trois semaines. Autrement, le vérificateur est obligé d'informer le Ministère de la Recherche. Les observations du vérificateur aux comptes seront remises en même temps que la communication.

§ 8 Le vérificateur dressera un procès-verbal du contrôle où il notera les travaux de contrôle qui ont été effectués ainsi que tous les éléments essentiels qui ont donné lieu à des observations.

Alinéa 2 Le procès-verbal du contrôle contiendra des informations séparées sur les examens ainsi que sur l'appréciation et les conclusions tirées de la vérification en ce qui concerne le contrôle interne et les systèmes d'enregistrement du bénéficiaire des subventions, sur les objectifs de l'ECMI (notamment en ce qui concerne les mesures prises en dehors desdits objectifs), sur l'économie, l'efficacité et l'efficacités de l'ECMI.

Alinéa 3 Lors de la vérification des comptes annuels, un rapport sera rédigé sur les contrôles effectués ; celui-ci mentionnera :

- 1) si le vérificateur répond aux conditions légales requises à l'exercice de ses fonctions,
- 2) si le vérificateur a obtenu tous les renseignements demandés au cours du contrôle,
- 3) si le vérificateur est d'avis que les comptes annuels présentés sont conformes aux exigences du législateur et aux statuts relatifs à la vérification des comptes et
- 4) si les aides et subventions ont été utilisées conformément aux conditions requises et si le fondement des subventions a été établi en accord avec les règles en vigueur.

Alinéa 4 Le procès-verbal du contrôle mentionnera en outre les détails sur les travaux de contrôle spéciaux, la rédaction de rapports particuliers, sur tout conseil ou assistance.

§ 9 Les comptes annuels contrôlés seront munis d'une attestation du vérificateur certifiant que les comptes annuels ont été contrôlés conformément aux règles des présentes directives. Les éventuelles réserves de la part du vérificateur aux comptes devront être formulées dans cette attestation.

§ 10 Une copie des rapports annuels du vérificateur ainsi que les comptes annuels accompagnés de l'attestation du vérificateur seront remis au Ministère de la recherche par l'ECMI, le 1er juillet de l'année suivante au plus tard.

§ 11 Les présentes directives entreront en vigueur à la date de la signature et s'appliqueront à la vérification des comptes annuels de l'année 1996 et des années successives.

